

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

gemeinsam mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft

16. WP - 22. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. August 2006 Uhr,
im Konferenzsaal (142) des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Hans Müller (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) i.V. für Detlef Matthiessen

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Ingrid Franzen (SPD)

Fehlende Abgeordnete

Manfred Ritzek (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. „GRÜNBUCH - Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“	4
Berichtersteller: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa	
Umdruck 16/920	
2. Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg und Formen der Zusammenarbeit beider Europaausschüsse	9
Umdruck 16/960	
3. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2006 in Reykjavik - Gespräch zur Vorbereitung	9
4. Parlamentsforum Südliche Ostsee: Möglichkeiten einer Kooperation	9
Berichterstattung durch die Ausschussvorsitzende Astrid Höfs	
5. Entwicklung der Ostseehäfen	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/772	
(überwiesen am 2. Juni 2006 an den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)	
6. Verschiedenes	14
- u. a. Entwurf eines Gesetzes über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung (Parlamentsinformationsgesetz - PIG)	
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/657	
Stand der Beratungen	

Die Vorsitzende der Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Abg. Höfs, begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest. Die Ausschüsse billigen die Tagesordnung in der vorstehenden Reihenfolge.

Punkt 1 der Tagesordnung:

„GRÜNBUCH - Die künftige Meerespolitik der EU: Eine europäische Vision für Ozeane und Meere“

Berichtersteller: Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Umdrucke 16/920 und 16/1321 (neu)

Zum Grünbuch der Europäischen Union zur künftigen Meerespolitik führt M Döring unter anderem aus, dieses liege jetzt seit dem 7. Juni 2006 vor und leite einen 13-monatigen Konsultationsprozess ein, unter anderem durch Konferenzen in den fünf Meeresräumen der Union. Die Konferenz des Ostseeraumes werde am 20. und 21. September 2001 in Kiel stattfinden. Der Konsultationsprozess solle mit einer Konferenz während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 abgeschlossen werden. Die Europäische Kommission habe angekündigt, parallel zum Konsultationsprozess ein Weißbuch oder einen Aktionsplan herauszugeben. Hierüber solle in der zweiten Hälfte 2007 beraten werden. Das Thema „Integrative Meerespolitik“ sei von immer größerer Bedeutung. Ziel sei die Entwicklung einer Politik, die auch der Lissabon-Strategie – Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Wissenszuwachs und Innovation – diene. Ein deutlicher Schwerpunkt solle dabei auch auf dem Meeresschutz liegen. In dem Konsultationsprozess werde es darauf ankommen, die Vision einer gemeinsamen Meerespolitik zur Realität werden zu lassen. Der integrative Ansatz erfordere auch die Entwicklung neuer Instrumente, Ideen und Konzepte.

M Döring berichtet weiter, er sei zum zweiten Mal vom Ausschuss der Regionen zum Berichtersteller für das Thema künftige Meerespolitik der Europäischen Union ernannt worden. Bei einer Sitzung der Fachkommission im Juni sei deutlich geworden, dass ein längerer Diskussionsprozess benötigt werde. Im Oktober werde deshalb eine weitere Grundsatzdiskussion zum Thema Meerespolitik stattfinden. Das Plenum des Ausschusses der Regionen werde sich voraussichtlich im Februar mit dem Thema beschäftigen. Man versuche, gleichzeitig eine Stellungnahme des Bundesrates zu initiieren, bei der die norddeutschen Länder zu einer gemeinsamen Position kämen.

Das Ziel der Meereskonferenz sei, eine fachspezifische Bewertung des Grünbuchs aus Sicht der politischen Akteure und Fachexperten des Ostseeraumes zu erhalten. Hamburg gehöre in

diesem Fall durchaus zu den Akteuren im Ostseeraum. Neben den acht an der Konferenz teilnehmenden Mitgliedstaaten der EU seien auch die Nicht-EU-Mitgliedstaaten Russland und Norwegen vertreten. Die Schlusserklärung werde bereits vorbereitet. In dieser Schlussresolution sollten auch konkrete Vorschläge zur weiteren Kooperation gemacht werden. M Döring trägt die zentralen Punkte aus der Schlusserklärung der Konferenz des Ostseeraumes am 21. September 2006 in Kiel, Umdruck 16/1321 (neu), vor.

Abschließend führt M Döring aus, der Ostseeraum müsse zu einer maritimen Modellregion entwickelt werden. Es bestehe von allen Seiten ein hohes Interesse, sich zu organisieren, und es gebe eine Vielzahl von Institutionen, die sich bereits gebildet hätten. Die Akteure des Ostseeraums müssten zu einer ähnlichen Wahrnehmbarkeit kommen wie die des Mittelmeerraums. Dabei sei es auch wichtig, eine gemeinsame Vision zu entwickeln. Die Ostsee, die wirtschaftlich und für den Verkehr genutzt werde, sei ökologisch durch die geringe Tiefe besonders sensibel. Eine wirtschaftliche Nutzung mache Sicherheitsvorkehrungen notwendig, bei denen auch die russische Föderation einbezogen werden müsse. Vor allem müssten konkrete Vorhaben für eine Zusammenarbeit entwickelt werden, zum Beispiel in Wissenschaft und Forschung. Das meerespolitische Anliegen müsse auch in der Politik der nördlichen Dimension verankert werden. Positiv sei, dass entgegen erster Befürchtungen in der neuen Förderperiode in den INTERREG-Programmen mehr Geld zur Verfügung stehe als in der vergangenen.

Abg. Hentschel begrüßt die Schritte zum Schutz der Ostsee, weist aber auf die ökologisch problematische Situation des vergangenen Sommers hin. Ihn interessiert, inwieweit noch Einflussmöglichkeiten auf den Konsultationsprozess bestünden und wie dieser organisiert werden könne. Er weist zudem darauf hin, ein zentrales Problem der Umweltverschmutzung in der Ostsee bestehe in diffusen Emissionen aus der Landwirtschaft und betont die Notwendigkeit einer Abstimmung zwischen Meeres- und Wirtschaftspolitik. Zur Fischereipolitik führt er aus, hier gebe nach wie vor große Probleme, zum Beispiel mit zu hohen Fangquoten. Er bittet um eine Einschätzung, ob es möglich sei, diesen Aspekt in der Resolution aufzunehmen.

Auf die Anmerkungen des Abg. Hentschel führt M Döring zum Zustandekommen der Schlusserklärung aus, man habe versucht, diese mit den Teilnehmern der Konferenz abzustimmen. Das bedeute nicht, dass es keine Beschäftigung im Ausschuss und im Landtag mit dem Grünbuch gebe. Im Hinblick auf diffuse Emissionen aus der Landwirtschaft gebe es besonders in der östlichen Ostsee nach wie vor große Probleme, die bald in den Blickpunkt rücken sollten. Es sei aber auch schon viel erreicht worden. Eine intensive Diskussion auch mit der Landwirtschaft müsse stattfinden. Ökonomie und Ökologie müssten weiterhin berücksichtigt werden. Der integrative Ansatz der Europapolitik biete hier Möglichkeiten. Die Fischerei-

politik, so führt M Döring weiter aus, werde einen ganz wesentlichen Punkt in der Diskussion darstellen. Bereits am 8. Juni 2006 habe es eine Diskussion dazu im Europäischen Parlament gegeben.

In Bezug auf das Thema Schiffssicherheit weist Abg. Hentschel darauf hin, dass Hafenkontrollen nur dann effektiv seien, wenn sie in den Häfen einheitlich durchgeführt würden.

M Döring betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, europäische Regelungen zu schaffen. Ein Schritt in die richtige Richtung sei dabei die Festlegung, dass ab 2010 nur noch Tanker mit Doppelhüllen europäische Häfen anlaufen dürften.

Abg. Harlinghausen lobt die Kooperation, auch in ihrem Vorbildcharakter für andere Kooperationen. Man sehe in Hamburg die gute Vorarbeit Schleswig-Holsteins und könne sicher noch einiges beitragen. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass im AdR eine weitgehende Übereinstimmung erzielt werden könne. Erfreulich sei, dass sich die grundsätzlichen Positionen der Europäischen Kommission und der norddeutschen Länder ähnelten oder deckten. Der zuständige Kommissar Borg nehme die Anregungen auf. Den Bereichen Schifffahrt und Häfen, die europäische Raumplanung und Aspekten der Bildungs- und Kulturpolitik müssten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Abg. Frank möchte wissen, an welchen Stellen sich der Hamburger Senat in Bezug auf das Grünbuch bisher konkret eingelassen habe. Außerdem interessiert ihn, ob und wie stark die Ostsee mit Munition aus dem zweiten Weltkrieg belastet sei.

M Döring führt aus, es gebe eine Abstimmung zwischen den Regierungen der norddeutschen Küstenländer. Inwieweit die Landesparlamente jeweils mit einbezogen seien, könne man von Regierungsseite nicht einschätzen. Er betont die Wichtigkeit der Subsidiarität, man könne nicht nach Regelungen rufen und gleichzeitig ihre Effizienz beklagen. Darüber hinaus gebe es eine sehr gute Abstimmung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Ausschuss der Regionen. Das gemeinsame Hansebüro in Brüssel sei ein erster Ansatz. Während der deutschen Ratspräsidentschaft solle auch die Meeres- und Ostseepolitik diskutiert werden. Dies sei besonders vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass Meerespolitik in Berlin keinen sehr hohen Stellenwert habe. Außerdem gebe es eine enge Zusammenarbeit mit dem EU-Kommissar Borg.

Im Hinblick auf die Beteiligung Hamburgs weist M Döring darauf hin, dass die Hansestadt bei der maritimen Konferenz Mitveranstalter sei, auch wenn diese in Kiel stattfinde. Ansonsten könne die Zusammenarbeit mit dem Senat noch vertieft werden, es seien aber gute Ansät-

ze vorhanden. Eine Zusammenarbeit sei darüber hinaus auch deshalb sinnvoll, um so früh wie möglich Entwicklungen zu beeinflussen. Die Ostsee werde der wichtigste dynamische Wirtschaftsraum der nächsten zehn Jahre werden, weil es insbesondere in den baltischen Staaten einen großen Nachholbedarf gebe. Fördergelder der EU für Projekte in den neuen Mitgliedstaaten könnten wiederum von deutscher Seite durch Wahrnehmung von Ausschreibungen durch diese Länder genutzt werden.

Abg. Dr. Klug bemerkt, dass der Konsultationsprozess noch bis zur Mitte des Jahres 2007 laufe und äußert die Befürchtung, dass die Schlussfolgerungen daraus zu spät kämen, um den Entscheidungsprozess noch zu beeinflussen. Ihn interessiert, ob es Möglichkeiten gebe, auf bestimmte Aspekte im Vorhinein Einfluss zu nehmen, zum Beispiel bei der Forschungspolitik der EU.

Abg. Sporendonk möchte wissen, ob die Kommission gewillt sei, aus dem Grünbuch ein Weißbuch zu machen. Sie regt an, eine gemeinsame Stellungnahme der Europaausschüsse der beiden Parlamente zu erarbeiten. Diese Stellungnahme könne dann auch darauf hinweisen, dass es wichtig sei, jetzt ein Weißbuch zu erarbeiten. Sie interessiert zudem, ob in der Konferenz angedacht sei, neue Programme in der integrierten Meerespolitik vorzuschlagen.

In Zusammenhang mit den Fragen der Abg. Sporendonk und Abg. Dr. Klug betont M Döring, dass der Prozess, der zum Grünbuch geführt habe, für europäische Verhältnisse sehr kurz gewesen sei. Trotz der Hoffnung, dass der Prozess auch weiter schnell vorangehe, käme er jedoch für die jetzige Förderperiode der EU-Programme zu spät. Die neuen Förderprogramme seien jedoch weiter gefasst, die Möglichkeiten der Umsetzung seien deshalb größer. Er spricht sich dafür aus, im Konsultationsprozess konkrete Interessen zu äußern. Eine Bundesratsinitiative gebe es bisher nur auf Arbeitsebene, eine Zusammenarbeit der norddeutschen Länder sei in diesem Punkt jedoch sehr wichtig, um auch in Berlin das vitale Interesse dieser Länder an der Meerespolitik deutlich zu machen.

Abg. Sarrazin fragt, ob man nicht die Beschlüsse der Konferenz von Kiel zur Grundlage einer Bundesratsbeschlussfassung machen könne. Er stellt fest, er sehe die divergierenden Interessen zwischen Umwelt und Wirtschaftsbelangen nicht mehr. Zum Beispiel gebe es deutliche Potenziale zur Vorbeugung des Klimawandels durch alternative Antriebssysteme. Die Ostsee spiele auch als Verkehrsweg eine wichtige Rolle, deshalb müssten besondere Anstrengungen für mehr Schiffssicherheit unternommen werden. Er führt aus, er hätte sich gewünscht, dass Umweltbelange im Grünbuch eine größere Rolle gespielt hätten und hoffe, dass im Weißbuch dieser Aspekt eine stärkere Berücksichtigung finden werde. Die Themen Schiffssicherheit und

Ökologie müssten auf nationaler und europäischer Ebene mit der russischen Föderation besprochen werden.

Zu den Anmerkungen des Abg. Sarrazin führt M Döring aus, das Grünbuch versuche gerade, die divergierenden Interessen zu verbinden. Im Hinblick auf die Sicherheit des Schiffsverkehrs betont er die Bedeutung von Doppelhüllentankern und regt an, ein Konzept für ein europäisches Sicherheitsschiff zu entwickeln, das zum Beispiel in besonders sensiblen Küstengewässern eingesetzt werden könne, denn schon ein Unglück könnte dazu führen, dass die Küste über Jahre hinaus beeinträchtigt werde.

M Döring bemerkt auf eine Frage des Abg. Hoth, dass die Gesprächsteilnehmer aus der russischen Föderation leider auf Konferenzen oft nur wenige Vollmachten hätten. Man könne feststellen, dass sich das demokratische System dort verschlechtere, es gebe eine starke Verflechtung von wirtschaftlichen und politischen Interessen. Dies sei auf regionaler Ebene nicht zu lösen, man müsse sich vielmehr mit den Leuten vor Ort unterhalten.

Gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 2, 3 und 4:

2. Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg und Formen der Zusammenarbeit beider Europaausschüsse

Umdruck 16/960

3. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 3. bis 5. September 2006 in Reykjavik - Gespräch zur Vorbereitung

4. Parlamentsforum Südliche Ostsee: Möglichkeiten einer Kooperation

Berichterstattung durch die Ausschussvorsitzende Astrid Höfs

Zur Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg interessiert Abg. Frank, in welcher Weise das Hanse-Office im Haushalt Schleswig-Holsteins veranschlagt sei und ob Hamburg Zugang zu den entsprechenden Informationen habe.

M Döring führt aus, es sei vereinbart worden, dass Schleswig-Holstein die Gesamtveranschlagung in seinem Haushalt vorsehe. Es gebe einen Wirtschaftsplan, der im Haushalt umgesetzt werde. Hamburg habe Zugang zu dem Wirtschaftsplan und zu den Haushaltsergebnissen des Vorjahres. An der Abwicklung sei das Parlament nicht beteiligt, dies sei Regierungshandeln.

Im Hinblick auf die Zusammenarbeit beim Hanse-Office in St. Petersburg würden zunächst Verwaltungsabkommen geschlossen. Die Grundfinanzierung werde in diesem Fall zu 100 % von Hamburg getragen. Wenn Schleswig-Holstein Aufträge erteile, könne dies in Einzelfällen zu erstatten sein. Weiterhin gebe es Überlegungen mit dem Hamburger Senat, das Büro in Danzig ähnlich zu organisieren. Das Büro dort werde im Moment von Schleswig-Holstein getragen, eine analoge Lösung zu dem Büro in St. Petersburg sei hier denkbar. Man plane, die Entwicklung im Sinne des Staatsvertrages fortzusetzen.

Abg. Harlinghausen möchte wissen, ob sich Schleswig-Holstein am Baltic Development Forum beteiligen wolle. – M Döring weist darauf hin, dass dies in erster Linie eine Entscheidung des Parlaments sei.

Zur Vorbereitung der Ostseeparlamentarierkonferenz gibt LD Dr. Schöning eine kurze Einführung. Das Interesse des Gastgeberlandes Island sei gewesen, Ozeane und Meeres sowie die nördliche Dimension in den Vordergrund der Beratungen zu stellen. Das parlamentarische Zusammenspiel funktioniere in der Praxis sehr gut. Es sei sehr hilfreich, dass Frau Dr. Gabriele Kötschau als jetzige Direktorin des Sekretariats des Ostseeraums für die Anliegen Schleswig-Holsteins sehr aufgeschlossen sei.

LD Dr. Schöning hebt besonders den Beitrag von Ole Stavad, dem Präsidenten des Nordischen Rates, hervor. Dieser habe den Wunsch geäußert, über mehr parlamentarischen Einfluss in der Ostseeregion zu sprechen. In der Debatte über den ersten Sitzungsabschnitt biete sich eine Diskussion über den parlamentarischen Einfluss an. Man habe dieses Thema bereits intensiv bei dem Workshop in Kiel im Dezember 2004 vorbereitet und bei der BSPPC in Vilnius Beschlüsse gefasst, die weitgehend auf diesen Workshop zurückgingen.

Im Mittelpunkt der weiteren Sitzung stehe die Meerespolitik, die durch einen Beitrag des Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft eingeleitet werde. Man habe in Hamburg ein Interesse für das Thema Parlamentsforum Südliche Ostsee wecken wollen. Ein wichtiger Punkt dieses Parlamentsforums sei eine Stellungnahme der Parlamente zum Grünbuch der Europäischen Kommission gewesen. Die Ostseeparlamentarierkonferenz werde sich mit einer eigenen Stellungnahme in den Grünbuch-Prozess einbringen. Man werde dieses Thema im Januar ansprechen, um diese Stellungnahme zu konzipieren. Es solle zudem ein Zwischenbericht über die Arbeitsgruppe Eutrophierung gegeben werden.

Russland und die nördliche Dimension bildeten im weiteren Verlauf der Sitzung einen Mittelpunkt, weil Russland besonders im Ostseeraum eine wichtige Rolle spiele. Möglichkeiten der Einflussnahme durch die Landesparlamente bestünden zum Beispiel in der Verbesserung der Beziehung zu Kaliningrad. Hier gebe es sehr gute Ansätze im Bereich der Ausschusszusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Vor allem sollten die vorhandenen Strukturen genutzt werden, besonders die Fachausschüsse. Die inhaltliche Unterfütterung müsse durch die Parlamente beziehungsweise die Ausschüsse selbst kommen. Ein großes Sekretariat in Kopenhagen sei hingegen nicht zu finanzieren.

Zur Konferenzresolution gebe es ein umfangreiches Papier des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Der Entwurf des Gastgeberlandes sei zu dünn gewesen, weil er zu eng an den Vorgaben orientiert gewesen sei. Mecklenburg-Vorpommern habe die Chance genutzt, seine Position in der Schlussresolution einfließen zu lassen.

LD Dr. Schöning regt an, darüber nachzudenken, ob eine Arbeitsgruppe für europäische Meerespolitik eingesetzt werden könne, sobald die Arbeitsgruppe Eutrophierung ihre Arbeit abgeschlossen habe. Es sei auch zu überlegen, ob die Federführung in Deutschland liegen solle, wobei dabei auch die Landesparlamente bestimmte Bereiche arbeitsteilig übernehmen könnten. Dies könne auch eine Stärkung der parlamentarischen Dimension in der BSPP bewirken.

Abg. Sarrazin lobt die Arbeit des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern. Er unterstützt die Forderung, eine Arbeitsgruppe zum Grünbuch zur Europäischen Meerespolitik einzurichten. Zudem spricht er sich dafür aus, dass sich beide Ausschüsse noch einmal mit der Thematik Grünbuch-Meerespolitik beschäftigen sollten und eine gemeinsame Position entwickeln sollten.

Auf eine Nachfrage erläutert die Vorsitzende, Abg. Höfs, die Benennung des Mitglieds für die Arbeitsgruppe aus Schleswig-Holstein sei durch den Landtagspräsidenten Schleswig-Holsteins erfolgt, es handele sich um Abg. Axel Bernstein.

Abg. Frank merkt an, eine rechtzeitige Prüfung einer gemeinsamen Vorbereitung von Inhalten sei geboten, um die Einflussmöglichkeiten der Länder zu sichern. Eine stärkere Kontinuität bei der Besetzung der Arbeitsgruppe sei darüber hinaus sinnvoll, um auch mehr Kontinuität in der Arbeit zu gewährleisten. Beim Parlamentsforum Südliche Ostsee befürwortet er einen Beobachterstatus Hamburgs. Er schlägt des Weiteren eine gemeinsame Reise nach Straßburg und Brüssel für den Herbst des folgenden Jahres vor.

Abg. Spoorendonk betont, es sei wichtig herauszuarbeiten, an welchen Stellen konkrete Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen möglich sei. Zur Ostseeparlamentarierkonferenz merkt sie an, man müsse auf Parlamentsebene mit der Resolution weiterarbeiten. Ansprechpartner seien neben der Landes- auch die Bundesregierung. Die schwedische Präsidenschaft des Ostseerates habe sehr konkrete Ideen bezüglich der Arbeit in diesem Gremium. Für die Möglichkeit der Einflussnahme sei entscheidend, dass man bereits die Staaten berücksichtige, die die Präsidenschaft in den kommenden Jahren übernehmen. Auch die konkrete Arbeitsweise des Ostseerates sei wichtig.

Abg. Harlinghausen führt zum Parlamentsforum Südliche Ostsee aus, die Bereitschaft Hamburgs, sich in diesem Gremium zu engagieren, sei gestiegen. Im Vorfeld müssten jedoch noch die Frage der Kosten und andere Fragen geklärt werden. Zum Baltic Development Forum merkt er an, die Hamburger Bürgerschaft und der Senat teilten sich die Kosten. Hamburg werde im Rahmen seiner Möglichkeiten auch helfen. Zum Kongress der Gemeinden und Regierungen Europas (KGRE) betont er, dass nur Schleswig-Holstein ein Vollmitglied stelle,

Hamburg hingegen nur einen Stellvertreter. Er regt an, das stellvertretende Hamburger Mitglied privilegiert zu behandeln, um Hamburg die Möglichkeit zu geben, sich gleichberechtigt einzubringen.

Abg. Franzen führt aus, sie sei in ihrer Funktion als Erste Landtagsvizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtags Vollmitglied im KGRE. Gleichzeitig sei sie Vollmitglied im Ausschuss für nachhaltige Entwicklung. Im Hinblick auf die Partnerschaft mit China weist sie auf den Bericht hin, der in der folgenden Landtagsdebatte auf der Tagesordnung stehe (Drucksache 16/922). Sie regt an, dass auch die Hamburger Bürgerschaft einen ähnlichen Bericht vom Hamburger Senat einfordere, um Möglichkeiten zu finden, die Zusammenarbeit mit China zu verbessern.

Abg. Sarrazin schlägt vor, die Ostseeparlamentarierkonferenz auf die Tagesordnung der nächsten gemeinsamen Sitzung zu setzen und auch das Präsidium des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern dazu einzuladen. Da die Konferenz im nächsten Jahr von Deutschland ausgerichtet werde, müsse man von Seiten der Landtage bereits jetzt Wünsche formulieren, um Chancen zu nutzen.

Die Ausschüsse nehmen den Umdruck 16/960 zur Kenntnis. Eine gemeinsame Reise der beiden Ausschüsse nach Straßburg für das kommende Jahr wird ebenso in Aussicht genommen wie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Integrierte Meerespolitik.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwicklung der Ostseehäfen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/772

(überwiesen am 2. Juni 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-
ausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/772, wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Unterrichtung des Landtags durch die Landregierung (Parlamentsinformationsgesetz-PIG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/657

Abg. Fischer führt zum Parlamentsinformationsgesetz aus, man habe sehr intensiv im Innen- und Rechtsausschuss diskutiert, wie der Informationsfluss im Landtag verstärkt werden könne. Der vorliegende Gesetzentwurf sei das Ergebnis dieser Diskussion. Der sehr umfangreiche Abschnitt über die Unterrichtung in europapolitischen Fragen sei zustimmend zur Kenntnis genommen worden. Der Informationsfluss werde stark verbessert und das Gesetz sei eine vorbildliche Regelung auch für andere Landtage.

Abg. Sarrazin regt an, in einer der nächsten gemeinsamen Sitzungen einen Erfahrungsbericht aus Schleswig-Holstein zu geben.

Die Vorsitzende des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin